



Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution fordert legale Möglichkeiten zur Existenzsicherung von Frauen

Am Montag ist der Internationale Frauentag

Stuttgart / Karlsruhe, 4. März 2010:

Anlässlich des Internationalen Frauentags am kommenden Montag, **8. März**, fordert das Bündnis gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution Baden-Württemberg die Möglichkeit zu legaler Arbeitsmigration für Frauen aus aller Welt, um sie vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu schützen.

„Armut in den Herkunftsländern und die fehlende Möglichkeit, legal nach Deutschland einzureisen, zwingt viele Frauen in ausbeuterische Verhältnisse wie die Zwangsprostitution“, sagt Tanja Urban für das Bündnis. Die Gesetzgebung müsse der Tatsache Rechnung tragen, dass Deutschland Einwanderungsland ist. Das Bündnis fordert die Schaffung von Möglichkeiten legaler Arbeitsmigration und begrüßt erste Ansätze dazu, etwa die geplante Einführung der vollen Freizügigkeit für die neuen EU-Beitrittsstaaten ab 2011. „Für Frauen aus Nicht-EU-Staaten sind die Hürden aber nach wie vor sehr hoch. Deshalb muss ein Instrument wie das bereits ausgearbeitete Punktesystem, das Kriterien wie Qualifikation oder Sprachkenntnisse vorgibt, umgesetzt werden. Mit der legalen Einreise eines bestimmten Kontingents von Menschen würde zumindest für einen Teil der Frauen dem Menschenhandel vorgebeugt werden“, sagt Tanja Urban.

„Armut darf nicht nur durch Auswanderung überwunden werden“, so Urban weiter. In den Herkunftsländern müssten durch Beschäftigungsprojekte Möglichkeiten für Frauen geschaffen werden, ihre Lage selbst zu verbessern. Auch müsse Aufklärung über die Gefahren von illegaler Einreise geleistet werden. Frauen, die durch Menschenhändler nach Deutschland gekommen sind, bräuchten Schutz und Beratung. „Sie dürfen nicht gegen ihren Willen zurückgeschickt werden.“

Die Evangelische Landeskirchen und ihre Diakonie in Baden und Württemberg engagieren sich seit Jahren gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel. Sie haben Fachberatungsstellen in Stuttgart, Heilbronn, Freiburg und Kehl. Die Koordinierungsstelle für das Bündnis gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel in Baden-Württemberg wird von der württembergischen Evangelischen Landeskirche finanziert, angesiedelt ist sie beim Diakonischen Werk Württemberg. Koordinatorin des Bündnisses ist Tanja Urban.

Dem Bündnis gehören unter anderen Diakonie, Caritas, TERRE DES FEMMES, Landesfrauenrat, Fachstellen und Organisationen der Kirchen, der Stadt Stuttgart und des Landes Baden-Württemberg, Bündnis 90/Die Grünen und SPD in Baden-Württemberg sowie die DGB-Bezirksfrauen an.

Hinweis an die Redaktionen: Gleichlautende Pressemitteilung verschickt heute auch die Pressestelle des Diakonischen Werks Baden.